

GLOBALVIEW

Unabhängiges Magazin

<http://afa.at/globalview>
Nr. 1/2004 / 3.- Euro

2004

Foto: Jodi Cobb Quelle: <http://magma.nationalgeographic.com/ngm/0309/feature1/zoom2.html>

Year of Abolition of Slavery



Korea -
Problem der
Weltpolitik



Verhältnis
EU - USA



Die Bedeutung
der Neutralität
Österreichs



Angelika Reichspfarner

Chefredakteurin

Liebe Leserinnen und Leser!

Interessante Beiträge von Experten aus Wissenschaft und Praxis wie auch von Studierenden zeichnen GLOBAL VIEW seit Jahren aus und lenken den "Blick" der Leserinnen und Leser auf Thematiken der Internationalen Beziehungen. Mit dem Jahr 2004 darf ich als neue Chefredakteurin der spannenden Aufgabe nachgehen, gemeinsam mit meinem engagierten Redaktionsteam diese Tradition fortzusetzen.

Die Präsenz von Menschenhandel und Formen von Sklaverei, welche besonders durch die UNESCO im heurigen Jahr ins Bewusstsein gerufen wird, gibt Anlass, diese Thematik etwas näher zu betrachten.

Aus diesem Grund widmet sich der Themenschwerpunkt dem Menschenhandel und der Sklaverei und gibt einen Überblick über die verschiedenen Dimensionen dieser Problematik, indem die Historie des Transatlantischen Sklavenhandels dargestellt und ein Einblick in die Tragik des Kinder- und Frauenhandels gegeben wird. Auch die übrigen Rubriken widmen sich äußerst brisanten Themenfeldern. So schreibt zum Beispiel der ehemalige Vorsitzende der Vorläuferorganisation des "Akademischen Forums für Außenpolitik", der "Akademischen Vereinigung für Außenpolitik (AVA)", Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Gottfried Karl KINDERMANN, über die Rolle Koreas in der Weltpolitik.

Ich hoffe, dass die vorliegende Ausgabe mit all ihren vielfältigen Beiträgen auf Ihr Interesse stößt!

(Angelika Reichspfarner)

IMPRESSUM - OFFENLEGUNG

Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik

Eigentümer und Verleger (100%): Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA)

Sitz/Redaktion: A-1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32, Tel./Fax: +43/1/512 85 21, E-Mail: globalview@afa.at, Webpage: <http://afa.at/globalview>; Bankverbindung: Erste Bank, BLZ 20111, Kto.-Nr.: 31002405788

Unternehmer: unabhängiger, eingetragener Verein / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident)

Chefredakteurin: Angelika Reichspfarner

Redaktionsteam: Mag. Dr. Philip Bittner, Mag. Wolfgang Braumandl, Andrea M. H. Doczy, Mag. Claudia Fabrizio, Franz Josef Gangelmayer, Klaus H. Iro, Dr. Ulrike Haider, Roswitha Kremser, Olivier P. Naray, Mag. Ilaria Palieri, Mag. Astrid Pircher, Sipan A. S. Sedeek, Irene B. Stöckl, MA, Martin A. Stradal, Stephan J. Wabl, Mag. Michael W. Waibel, Mag. Christian Wlaschütz

Layout: Franz Josef Gangelmayer

Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz:

Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar und deckt sich nicht notwendigerweise mit der Meinung der Liga oder des AFA. Die Redaktion behält sich etwaige Kürzungen von eingesandten Manuskripten vor.

Inhaltsverzeichnis

Themenschwerpunkt:

- ▶ **Angelika Reichspfarer** Zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei.....04
- ▶ **Mag. Arno Sonderegger** Geschichte des Transatlantischen Sklavenhandels..... 05
- ▶ **Barbara M. Schildknecht** Sklaverei im 21. Jahrhundert..... 07
- ▶ **Katja Gasperic** Child Trafficking - A Modern Form of Slavery..... 08
- ▶ **Bettina T. Kölbl** im Gespräch mit BM Dr. Ernst Strasser: Frauenhandel..... 09
- ▶ **Mag. Bernadette Karner** Frauenhandel - Gewalt kennt keine Grenzen..... 11

Vereinte Nationen - Wissenswertes:

- ▶ **Mag. Tamara Blaschek** Die UNESCO..... 12

Internationales:

- ▶ **Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Gottfried- Karl Kindermann** Korea als Problem der Weltpolitik..... 13
- ▶ **Mag. Christian Wlaschütz** India and its Neighbours..... 14
- ▶ **Bettina T. Kölbl** Menschenrechte in der Gemein. Unabhäng. Staaten..... 15

Europäische Union:

- ▶ **Klaus H. Iro** "The End of the American Era"..... 16

Austria:

- ▶ **Dr. Philipp Marboe** Why Austria's Neutrality Causes Frustration for Some..... 18

Studium:

- ▶ **Mag. Arthur Stadler** Studieren und Arbeiten in Spanien..... 19

Kultur, Portrait:

- ▶ **Veronika Schweiger** Peru - Von der Küste in den Regenwald..... 20
- ▶ **Stephan Wabl** Still Walking: Mandela and Mbeki..... 21

Rezension:

- ▶ **Mag. Claudia Fabrizy** Dem Rad in die Speichen fallen..... 22

Vienna International model United Nations

- ▶ **Irene B. Stöckl, MA** VIMUN 2004..... 23

Veranstaltungen..... 24



Angelika Reichspfarer
Chefredakteurin

2004 - Jahr der UN zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei und deren Abschaffung

Haiti, zurzeit von politischen Unruhen gezeichnet, kann im heurigen Jahr auf ein bedeutendes 200-jähriges Jubiläum verweisen. Als erster schwarzer unabhängiger Staat stellt Haiti ein Symbol des Widerstands der Sklaven und ihres Kampfes für Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte dar.

Das Jubiläum gibt Anlass, das Jahr 2004 durch die "United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization" (UNESCO) in das Zeichen der Abschaffung der Sklaverei zu stellen und die Aufmerksamkeit auf die tragische Aktualität dieser Problematik zu richten.

UNO und die Sklavenhandelsabschaffung

Nachdem die Sklaverei zwischen 1793 (in Santa Domingo) und 1888 (in Brasilien) in diversen Staaten allmählich offiziell abgeschafft wurde, kam das erste internationale Abkommen über Sklaverei erst im Jahr 1926 durch den Völkerbund zustande. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 wurde Sklaverei ausdrücklich verboten. Artikel 4 hält dazu fest: "Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten." 1956 wurde das Zusatzübereinkommen über die Abschaffung von Sklaverei, Sklavenhandel und sklavenähnlichen Einrichtungen und Praktiken verabschiedet. Auch Schuldknechtschaft gilt hier als Sklaverei und ist folglich verboten. In der Erklärung der Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 in Durban, Südafrika, wird die Tatsache, dass Sklaverei und sklavenähnliche Praktiken noch heute existieren, nachdrücklich verurteilt. Die Staaten sind daher aufgefordert, sofortige Maßnahmen zur Beseitigung von Sklaverei jeglicher Form zu setzen. Neben den rechtlichen und strafrechtlichen Schritten scheint es aber auch immer wichtiger, die Wurzeln von Sklaverei selbst, welche zum Beispiel in Armut oder Diskriminierung zu suchen sind, zu bekämpfen.

Das Programm der UNESCO

Das Programm beinhaltet fünf Handlungsfelder: wissenschaftliche Forschung, Projektarbeit zur Bewahrung des Andenkens an die Opfer der Sklaverei und ihren Befreiungskampf, Begegnung und Dialog der Kulturen, Information für Schulen und für die breite Öffentlichkeit sowie den Aufbau von interna-

tionalen Partnerschaften zur Unterstützung des UNO-Jahres. Es sollen also Einflüsse afrikanischer auf europäische Kulturen aufgezeigt werden, welche aus der Zeit des Sklavenhandels herrühren. Als Millionen von afrikanischen Sklaven, ihrer Heimat entrissen wurden, brachten sie geistige und kulturelle Werte nach Amerika mit. Im Projekt "die Route der Sklaven" untersucht die UNESCO die kulturellen Einflüsse der enormen Umsiedlung von Menschen und veranstaltet dazu Ausstellungen. Die Auswirkungen des Sklavenhandels aus afrikanischer Sicht behandelt die UNESCO-Publikation zur "Allgemeinen Geschichte Afrikas". Ebenso aufschlussreich ist "die Allgemeine Geschichte der Karibik".

Gesetzte Ziele

Durch ihr Programm will die UNESCO Wissen über die "historische Wahrheit" des Sklavenhandels und des Befreiungskampfes zur Abschaffung der Sklaverei vermitteln, Bewusstsein schaffen für die Konsequenzen des Sklavenhandels und seine Auswirkungen auf die kulturelle Entwicklung, an den 200. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Haitis (1. Januar 1804) als historischen Wendepunkt im Kampf gegen die Sklaverei erinnern und eine Kultur des Friedens und der Bekämpfung aller neuen Formen von Sklaverei fördern.

LINKS

UNESCO: International Year of Abolition of Slavery
<http://www.unesco.org/culture/unysa>

Proclamation of 2004 (31 C/ Resolution 28). In: UNESCO, General Conference, 31st, 2001, Records of the General Conference, 31st session, Paris, 15 October to 3 November 2001, v. 1: Resolutions (p. 66)
<http://unesdoc.unesco.org/images/0012/001246/124687e.pdf>

General History of Africa. Volume I-VIII (UNESCO Publishing, 1981-1993)
http://www.unesco.org/culture/afrika/html_eng/index_en.htm

General History of the Caribbean. Volume I-III, VI (UNESCO Publishing, 1997-2003)
http://portal.unesco.org/culture/en/ev.php@URL_ID=14188&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html

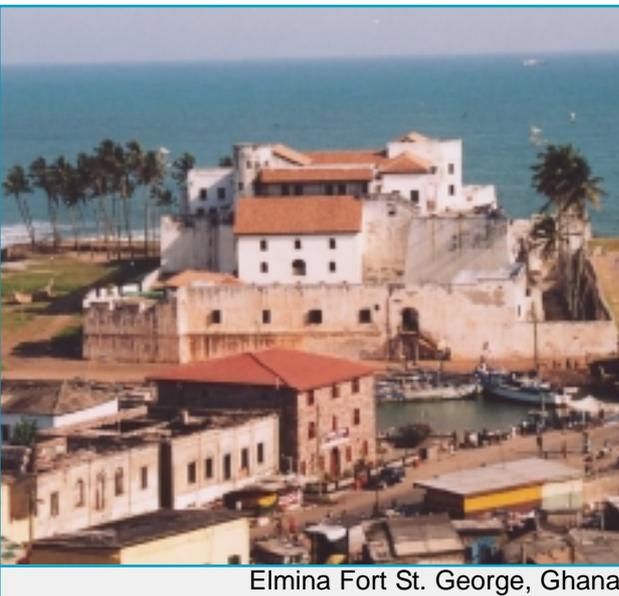
Geschichte des Transatlantischen Sklavenhandels

Im frühen 16. Jahrhundert setzte die größte Zwangsmigration der Menschheitsgeschichte ein. Der Transatlantische Sklavenhandel (TAS), der seinen Höhepunkte im 18. und 19. Jahrhundert erfuhr, versorgte die Plantagen der Neuen Welt mit afrikanischer Arbeitskraft: mit Menschen, die zur Ware degradiert und ausgebeutet wurden.

Die davon hauptsächlich betroffenen Gebiete erstreckten sich in Westafrika vom Senegal bis in die Regionen des heutigen Angola, aber auch entlang der ostafrikanischen Küste. Das exakte Ausmaß des TAS ist aufgrund unzureichender Quellenlage nicht auszumachen, doch bewegen sich realistische Einschätzungen der Zahl versklavter und verschiffter AfrikanerInnen auf Basis von Hochrechnungen einiger bekannter Daten in der Größenordnung zwischen 10 und 19 Millionen.

Wer am Sklavenhandel beteiligt war

An diesem Handel partizipierten Angehörige verschiedener Nationen Europas, aber auch AfrikanerInnen. Im kontinentalen Dreieckshandel "erwarben" europäische Händler entlang der afrikanischen Küsten Menschen, um sie den amerikanischen und karibischen Plantagen zuzuführen. Im Austausch gegen in Europa produzierte Fertigwaren - und insbesondere Waffen - waren gewisse Kreise afrikanischer Gesellschaften durchaus bereit, die geforderte "Ware Mensch" zu liefern. Nicht nur kaufmännische Interessen wurden dabei befriedigt. Durch den Erwerb von Waffen ließen sich auch politische Macht erwerben oder bereits erworbene Herrschaften sichern. Außerdem konnte man ungeliebte, potentiell gefährliche "Elemente" der Gesellschaft - wie Kriegsgefangene, Menschen, die sich eines Vergehens schuldig gemacht hatten, oder Konkurrenten um die Macht - auf bequeme Weise abschieben, indem man sie an Europäer verkaufte.



Elmina Fort St. George, Ghana



Mag. Arno Sonderegger

Inst Afrikanistik Uni Wien

Soziopolit. Instabilität und ökonom. "Unterentwicklung"

AfrikanerInnen beteiligten sich durchaus rege am TAS. Trotzdem haben ihn eindeutig Europäer zu verantworten. Denn es war die euro-amerikanische Nachfrage, die das afrikanische "Angebot" ins Unermessliche steigerte und aus üblicher "small scale slavery" ein menschenverachtendes System der Plantagensklaverei fabrizierte. Zudem entwickelte sich am afrikanischen Kontinent als eine Folge des TAS eine verhängnisvolle Spirale der soziopolitischen Instabilität und ökonomischen "Unterentwicklung": Eine Teilhabe am Menschenhandel wurde zur entscheidenden Voraussetzung, um in den betroffenen afrikanischen Küstenregionen die soziopolitische Sicherheit aufrechterhalten zu können. Gleichzeitig verstärkte sich die Konkurrenz um Kontrolle dieses Handels, was zwangsläufig zu Auseinandersetzungen und zunehmender Unsicherheit führte. Das Dilemma bestand darin, dass Versuche, individuelle Interessen zu sichern, mitunter zur Verunsicherung der ganzen Region führten. Wirren waren die Folge.

Obwohl demnach einzelne Akteure Afrikas am TAS durchaus profitierten, war für Afrika in regionaler, aber auch in globaler Perspektive das Gegenteil der Fall. Während für Europa mit der Erschließung Amerikas 1492 eine vor allem ökonomisch fortschrittliche "Neuzeit" anbrach, die in einer allgemeinen Industrialisierung gipfelte, bedeutete sie für Afrika, am Rand eines neuartigen ökonomischen Weltsystems zu stehen. Afrika wurde darin zunehmend auf die Rolle eines "Reservoirs" reduziert - erst von Arbeitskräften, später von Rohstoffen. Angesichts der euro-amerikanischen Kooperation im Dreieckshandel verwundert es nicht, dass die afrikanischen Gesellschaften - ihren individuellen Interessen folgend, die keine kontinentale Einigkeit erlaubten - dem nur wenig Wirksames entgegenzusetzen vermochten.

Verbot des Sklavenhandels

Interessanterweise verschärfte sich diese Situation mit dem Verbot des Sklavenhandels ("Abolition"), das in den beteiligten euro-amerikanischen Staaten zu verschiedenen Zeiten des 19. Jahrhunderts durchgesetzt wurde (England: 1807). Zwar speiste sich die abolitionistische Bewegung, die sich im späten 18. Jahrhundert gebildet hatte, aus einem Bündel religiöser, humanitärer und wirtschaftlicher Motive. Dessen ungeachtet führte ihr Interesse an einem sogenannten "Legitimen Handel" mit Waren aber zu einer Intensivierung sowohl des nunmehr bis nach 1860 illegal fortgesetzten TAS als auch zu einer Zunahme der europäischen Präsenz an der afrikanischen Küste.

Der TAS verlor seine Bedeutung erst nach dem Verbot der Sklaverei ("Emanzipation"), das der Abolition in weitem Abstand folgte (England: 1833, Frankreich: 1848, USA: 1863, Brasilien: 1888). Erst nachdem die Nachfrage langsam erloschen war und die Arbeitskraft von AfrikanerInnen verstärkt in Afrika selbst für die intensivierte Exportproduktion benötigt wurde, versiegte auch das Angebot.

Die "zivilisatorische Mission"

Mit der steigenden Präsenz europäischer Händler und Militärs, vor allem jener Englands, das die Kampagne gegen den Sklavenhandel anführte, veränderten sich die Beziehungen zwischen europäischen und afrikanischen Händlern und Autoritäten im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Pendel der Macht schlug in Richtung Englands aus, das, gestützt auf seine militärische Überlegenheit, verstärkt damit begann, in innere Angelegenheiten afrikanischer Staaten einzugreifen. Der Glaube, eine "zivilisatorische Mission" zu erfüllen, einen Kreuzzug gegen die Sklaverei und für die Freiheit, schien dies zu rechtfertigen. Dabei vergaß man allerdings, dass gerade diese Kreuzzugsmentalität gegen den TAS die Ursache für die massive Erweiterung innerafrikanischer Sklaverei gewesen war - und für die Verschlechterung der Lage versklavter Menschen in Afrika. Denn oft hatten AfrikanerInnen, die ehemals mit Sklaven gehandelt hatten, auf die Erfordernisse des "Legitimen Handels" damit reagiert, erwünschte landwirtschaftliche Produkte wie Palmöl herzustellen - allerdings unter systematischer Nutzung von Sklavenarbeit.

"Die Ausweitung und Intensivierung der afrikanischen Sklaverei wiederum", schrieb der im Jahre 2003 leider verstorbene Historiker Albert Wirz in einem unveröffentlichten Text sehr treffend, "hatte zur Folge, dass die Europäer die koloniale Eroberung und Durchdringung Afrikas zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts als Kreuzzug gegen die Sklaverei ausgeben konnten." Damit schließt sich gewissermaßen ein Kreis, und eine Verbindung zur neueren Geschichte tut sich auf. Tatsächlich war jene koloniale Durchdringung viel mehr eine Folge bestimmter wirtschaftspolitischer Interessen und innereuropäischer staatlicher Entwicklungen als ein Resultat wohlmeinenden Handelns. Unschwer kann man das daran ersehen, dass mit der Einrichtung europäischer Kolonialherrschaften in Afrika keineswegs das Ende der Sklaverei einherging. Vielmehr erfuhr sie eine Transformation in verschiedene Systeme von Zwangsarbeit - naturgemäß zu Diensten der neuen Herren.

Weiterführende Literatur

Claude Meillassoux
Patrick Manning
Joseph E. Inikori
Philip D. Curtin
Paul Lovejoy
Sidney Mintz
Albert Wirz
Robin Law

**Die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen
dankt für die Zusammenarbeit im Jahr 2003:**



Sklaverei im 21. Jahrhundert

"Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen Formen verboten."

(Allg. Erklärung der Menschenrechte von 1948 - Art. 4)

Die Realität sieht heute allerdings anders aus. Sklaverei gehört nicht der Vergangenheit an: Heute gibt es mehr SklavInnen als während des transatlantischen Sklavenhandels im 17. und 18. Jahrhundert.

Früher bedeutete Sklaverei der legale Besitz eines Menschen. Was heute an dessen Stelle getreten ist, ist Kontrolle, die mit Gewalt erlangt und durchgesetzt wird. In der Praxis läuft dies auf Besitztum hinaus, lediglich ohne Legalität. Und ohne Legalität fällt auch die Verantwortung weg, die ein Teil des alten Sklaventums war.

Konkrete Angaben über die Zahl von versklavten Menschen gibt es nicht. Vorsichtige Schätzungen vermuten *27 Millionen Menschen*, die Organisation Anti-Slavery International rechnet mit bis zu *200 Millionen*. Warum diese Zahl so gewaltig ist, lässt sich daraus erklären, dass Sklaverei im 21. Jahrhundert viele Gesichter hat: Apartheid, Kolonialismus, Frauenhandel, Zwangsheirat, Ausbeutung durch Prostitution, Sexuelle Verstümmelung von Mädchen und Frauen, Schuldknechtschaft, Kinderhandel, Ausbeutung durch Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Schlepperdienst oder Ausbeutung von Drogenabhängigen, um nur einige Formen aufzuzählen. Vor allem Frauen und Kinder sind heute die Leidtragenden.



Barbara M. Schildknecht

Vizepräsidentin AFA

einmal so weit blicken: Frauenhandel, Zwangsprostitution oder die Ausbeutung von Dienstmädchen aus armen Ländern gibt es zur Genüge. Im Zuge der Globalisierung können wir unsere Mitverantwortung nicht mehr abstreiten, auch dort nicht, wo Sklaverei keine Welthandelsstruktur berührt.

Sklaverei macht vor keinem Kontinent halt

Pakistan:

Arbeiter, die versklavt wurden, weil sie ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten, finden sich vor allem in den ärmsten und am Rande der Gesellschaft lebenden Bevölkerungsschichten. Schätzungen sprechen von 20 Millionen Versklavten, davon 7 Millionen Kinder.

Peru:

Engache wird die Zwangsarbeit hier genannt. Diese Form der Zwangsarbeit ist in Kolonialzeiten entstanden, um den Arbeitskräftemangel für die Plantagen und Minen zu beheben, und hat sich bis heute erhalten.

Brasilien:

Escravidade branca - die "weiße Sklaverei"; Opfer dieser Form von Sklaverei sind hauptsächlich Arbeitskräfte, die mit der Rodung des Urwaldes und dessen Umwandlung in Weideland beschäftigt sind.

Europa:

Einzelne Fälle versklavter Hausangestellter wurden immer wieder aus verschiedenen Ländern gemeldet, etwa aus **Frankreich**, **Großbritannien** und der **Schweiz**. Diese "Hausangestellten" arbeiten zwischen 16 und 20 Stunden am Tag, ohne je dafür bezahlt zu werden. Eine andere Form der Sklaverei sind auch die so genannten "Versandhausbräute", die meist aus Südostasien kommen und von Menschenhändlern per Katalog angeboten und an europäische Männer verkauft werden, denen sie dann aufgrund der europäischen Ausländergesetze für Jahre ausgeliefert sind.

Süditalien:

Hier erleben die seit Mitte der 70er Jahre offiziell verbotenen "Märkte der kurzen Hosen" einen neuen Boom. Auf diesen Märkten verkaufen oder vermieten Eltern aus materieller Not ihre eigenen Kinder an Hirten, Handwerksbetriebe und Fabriken. Dort werden sie zu harter Arbeit gezwungen, ohne Lohn, nur gegen die nötige Verpflegung. Sie erhalten weder eine Schulbildung, noch medizinische Versorgung.

Sklaverei gibt es auch in **Thailand**, **Sri Lanka**, **Myanmar**, den **Golfstaaten**, in **Marokko**, **Mosambik**, **Südafrika**, den **Vereinigten Staaten**, **Ägypten**, den **Philippinen**, der **Türkei** und vielen anderen Ländern.



<http://magma.nationalgeographic.com/ngm/0309/feature1>

Warum uns Sklaverei auch betrifft

Unser Leben ist eng verwoben mit den Ländern der so genannten Dritten Welt, wo viele unserer Konsumgüter produziert werden, oft unter sklavereiähnlichen Bedingungen. Und häufig müssen wir nicht



Katja Gasperic

Chairperson AFA-Vienna

Child Trafficking - A Modern Form of Slavery

"The children of any nation are its future. A country, a movement, a person that does not value its youth and children does not deserve its future." Oliver Tambo

The issue of trafficking in children is considered a modern form of slavery and an unforgivable crime against humanity. The figures show that the dimension of this transnationally organized crime is

growing at an alarming rate. It can be claimed that each country in the world is somehow involved in the process of child trafficking, either as a country of origin, transit or destination. Each year at least 800,000 to 900,000 people are trafficked across international borders, most of whom are women and children. What is more, trafficking in human beings also takes place within national borders. This makes it the third largest criminal organization in the world after arms and drug trafficking. However, despite the large scope of the problem, the awareness of the issue has only been brought to the attention of the international community in the last years.

Children who are most likely to fall victim to trafficking have little or no education and come from rural families that live in poor conditions. These children are easily lured with false promises, such as that of a better education, a well-paid job and a prosperous life in another city or country. Parents are also easily blinded with the idea of their children getting an opportunity for what seems to be a better life elsewhere, which is why they willingly consent and sometimes even pay for their children being taken away. The sad reality is, however, that what is awaiting their children is far from a promising future.

The whole process of child trafficking is very well organized and comprises a wide range of people involved in it, such as the recruiters, middlemen, employers, corrupt officials, transporters, exploiters and service providers, all of whom are considered traffickers. The first person the victim gets in touch with is the recruiter, who is either a skilled person specialized in identifying likely victims or even a family member or a friend of the family, which largely contributes to the smoothness of the recruitment. However, the recruitment is only the beginning of the dirty process of trafficking in children. Many means of force, such as rape, physical abuse, psychological harassment and threat are used to make children obedient to their masters. What is more, children are made to swear secrecy and sometimes even given an account of how they are going to be tortured if they speak out.

The most widespread and also one of the cruellest forms of child trafficking is certainly trafficking for se-

xual exploitation, which is estimated to be a multi-billion dollar industry and comprises all countries worldwide. It can either take the form of prostitution, pornography, sex tourism or early marriages. In Indonesia which is considered a large country of origin for trafficking in children, it is for example estimated that around 70,000 children (mostly girls) are being sexually exploited commercially and bonded to child prostitution networks.

Another widespread form is trafficking for forced labour, where children, regardless of gender, are forced to work domestically or in factories, such as sweatshops or agricultural plantations, under very poor conditions. Recently the ILO director-general Juan Somavia reported that "While there has been significant progress towards the effective abolition of child labour, the international community still faces a major uphill struggle against this stubbornly pervasive form of work that takes a tragic toll on millions of children around the world".

Other common forms of trafficking include trafficking for forced beggary, stealing, illegal adoption, forced marriage, trafficking for the drug or the war industry and others, such as the case of young Pakistani boys aged from 4 to 5 being trafficked to the United Arab Emirates for the purpose of serving as camel jockeys. All this indicates how complex the problem actually is. Hence it is of the utmost importance that the international community acts hand in hand in order to combat this transnational crime.

There are some international organizations and NGO's that have fought for the elimination of trafficking for years, such as the International Migration Organization, The Save the Children Alliance, The Defence for Children International and many more, and it is largely due to their involvement that progress has been made in the process of combating human trafficking in the last years. An indisputably important role plays the United Nations Organization, which set out to raise awareness on the problem in the international community, to prevent and combat trafficking in children as well as to assist victims of trafficking, with respect to their human rights. It has taken a major step by passing the UN Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, especially Women and Children, which officially entered into force on 25 December 2003 and has got up to now 117 signatories and 46 parties. Nevertheless, the Protocol being ratified does not solve the problem itself. It still has to be successfully implemented in the national legislations and policies and national states have to cooperate closely with each other. However, at the present point, there still seems to be a long way to establishing a working international programme to reduce, and consequently, eliminate this widespread crime against humanity.

Frauenhandel - Die Situation in Österreich

Bettina T. Kölbl im Gespräch mit BM Dr. Strasser

Der Handel mit der "Ware" Frau aus Mittel- und Osteuropa hat nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und der Öffnung des Ostens innerhalb der letzten 15 Jahre dramatisch zugenommen.

Während viele Frauen auf der Suche nach Arbeit und der Möglichkeit, die wirtschaftlichen Grundbedürfnisse abzudecken, bereit sind, ihre Heimat zu verlassen, nutzen skrupellose Menschenhändler den Migrationswillen und die Unwissenheit der Frauen über gesetzliche Regelungen in den Zielländern aus, um das große Geschäft zu machen. Gemeinsam mit Drogen- und Waffenhandel gehört Menschen- bzw. Frauenhandel zu den drei "ertragreichsten Geschäften" des organisierten Verbrechens.

Global View:

Herr Bundesminister, wie sieht die Situation in Österreich in Bezug auf Frauenhandel aus? Können Sie bestätigen, dass es zu vermehrtem Frauenhandel nach und durch Österreich gekommen ist?

Strasser:

Frauenhandel wird im österreichischen Strafgesetzbuch im § 217 StGB unter der Bezeichnung "Menschenhandel" unter Strafe gestellt.

In den letzten Jahren, speziell nach Öffnung der Ostgrenzen und der damit verbundenen zentralen Lage Österreichs hat sich diese Deliktsform in Österreich um ein Vielfaches erhöht. Dies wird auch durch die Kriminalitätsstatistik dokumentiert.

Global View:

Was geschieht mit Frauen, die offensichtlich von Schleppern mit dem Versprechen auf ein "besseres Leben" nach Österreich geholt worden sind, und dann von der Exekutive aufgegriffen werden, da sie von den Schleppern illegal in Österreich beschäftigt werden?

Strasser:

Werden Frauen durch die österreichische Exekutive bei einem illegalem Aufenthalt und/oder bei der illegalen Ausübung einer Beschäftigung im Bundesgebiet angetroffen, so werden sie in der Regel vorübergehend festgenommen. Stellt sich heraus, dass die Frau durch eine kriminelle Organisation, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Österreich verbracht wurde - sie somit ein Opfer krimineller Aktivitäten geworden ist - wird sie seitens der Exekutive aus der Haft entlassen. Die Opferschutzeinrichtung LEFÖ/IBF übernimmt dann die Betreuung.

Grundbedingung dafür ist, dass sie sich bereit erklärt, an der Aufklärung der strafbaren Handlung mitzuwirken. Ist dies der Fall, dann kann bis zum Abschluss der Ermittlungen und einer allfälligen Gerichtsverhandlung gem. § 10 Abs. 4 Fremden-gesetz aus humanitären Gründen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden.

Von dieser Regelung wird mehrfach Gebrauch gemacht.

Besitzt die Frau keinerlei Ausweisdokumente und macht sie keinerlei Angaben hinsichtlich ihrer Verbringung bzw. Ausbeutung, so bleibt sie bis zur Klärung des Sachverhaltes in Haft, wo sie vom Verein "Menschenrechte Österreich" betreut wird. Liegen besondere Umstände vor, so kann die Behörde (gem. § 66 Abs. 1 Fremden-gesetz) von der Anordnung der Schubhaft Abstand nehmen, wenn sie Grund zur Annahme hat, dass deren Zweck durch Anwendung gelinderer Mittel erreicht werden kann. In der Realität werden diese Frauen aufgefordert, selbstständig innerhalb einer Frist das Bundesgebiet zu verlassen.



Bettina T. Kölbl

Vizepräsidentin AFA



Dr. Ernst Strasser, Bundesminister für Inneres

Global View:

Gibt es staatliche bzw. staatlich geförderte Opferschutzprogramme, die sich um das Schicksal betroffener Frauen annehmen? Gibt es auch eine Zusammenarbeit seitens des BMI mit der Opferschutzeinrichtung LEFÖ/IBF oder ähnlicher nicht-staatlicher Einrichtungen?

Strasser:

Um das Schicksal betroffener Frauen des Menschenhandels nimmt sich die Opferschutzeinrichtung (NGO) LEFÖ/IBF an, welche vom Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen gefördert wird.



Foto: <http://www.bmi.gv.at>

Der Verein "Menschenrechte Österreich" betreut einerseits AsylwerberInnen und MigrantInnen, jedoch auch Personen, welche sich aus anderen Gründen in Haft befinden. So auch Frauen, die sich im Zuge ihrer Haft als Opfer des Menschenhandels bezeichnen.

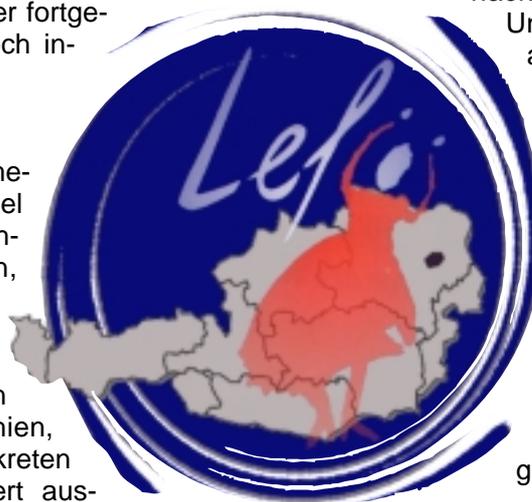
Zwischen der Exekutive, im speziellen dem Bundeskriminalamt und der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (IBF - LEFÖ), wird eine ausgezeichnete Zusammenarbeit gepflogen. Für die jeweiligen Aufgabenstellungen besteht gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz. Auf dieser Basis ist die Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Menschenhandels, natürlich unter Beachtung des größtmöglichen Schutzes des jeweiligen Opfers, sehr erfolgversprechend. Die Zusammenarbeit wird weiter fortgesetzt und nach Möglichkeit noch intensiviert werden.

Global View:

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit in puncto Frauenhandel mit den Österreichischen Nachbarstaaten wie Tschechien, Slowakei etc.?

Strasser:

Die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, wie Tschechien, Slowakei, Ungarn, etc. in konkreten Ermittlungsverfahren funktioniert ausgezeichnet. Der allgemeine Austausch von strategischen Informationen und Kriminalitätslageberichten sowie Gefährdungsanalysen muss noch intensiviert werden. In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen des BMI zu sehen, mit diesen Staaten Verträge abzuschließen und gemeinsame Projekte, wie gemeinsame Grenzstreifen, Austausch von Polizeibeamten (Hospitalationen), etc. zu initiieren.



Global View:

Wird die EU-Erweiterung in Richtung Ost- und Südosteuropa dazu beitragen, dass Schlepper aus der Ukraine und Russland vermehrt den Österreichischen "Frauenmarkt" bedienen werden? Wie kann dem - aus Ihrer Sicht - vorgebeugt werden?

Strasser:

Es besteht kurzfristig die Gefahr, dass die EU-Erweiterung in Richtung Ost- und Südosteuropa, aufgrund der derzeitigen dortigen wirtschaftlichen Lage dazu beitragen wird, dass organisierte Gruppierungen aus der Ukraine und Russland vermehrt versuchen, den Österreichischen "Frauenmarkt" zu bedienen.

Aus Sicht Österreichs kann dem nur vorgebeugt werden, indem die internationale Zusammenarbeit intensiviert, die nationalen Bemühungen der Behörden sensibilisiert und gebündelt werden, da speziell die Problematik des Frauen- bzw. Menschenhandels in der Regel eine Erscheinungsform der Organisierten Kriminalität darstellt und somit eine erfolgreiche nachhaltige Bekämpfung von keinem einzelnen Staat alleine bewerkstelligt werden kann.

Die Kriminalitätsform des Frauenhandels kann nur mit globalen internationalen Bekämpfungsstrategien der Strafverfolgungsbehörden nachhaltig bekämpft werden. Unabhängig davon ist es aber unbedingt notwendig mit entsprechenden publicityträchtigen Aufklärungskampagnen in den Ursprungsländern dafür zu sorgen, dass diesem - für Europa in dieser Dimension neuartigen verachtungswürdigen Phänomen der Kriminalität und den damit verbundenen gravierenden Menschenrechtsverletzungen - Einhalt geboten wird.

Weiterführende Literatur

- <http://www.profrau/frauenhandel>
- <http://www.bmi.gv.at>

Frauenhandel - Gewalt kennt keine Grenzen

Mag. Bernadette Karner

LEFÖ/Beratung, Bildung

Frauen-/Kinder-/Menschenhandel ist ein internationales Delikt und eine gravierende Verletzung der Menschenrechte, das in den letzten Jahren weltweit stark angestiegen ist.



Foto: LEFÖ

LEFÖ - Logo

LEFÖ - Lateinamerikanische Emigrierte Frauen in Österreich - wie auch andere Frauenorganisationen, konzentriert sich in seiner Arbeit auf Frauenhandel.

Einerseits, da es sich bei Menschenhandel vorwiegend um ein Verbrechen handelt, dass zu ca. 90% Frauen und Mädchen betrifft und andererseits, da es sich hierbei um eine geschlechtsspezifische Verletzung der Menschenrechte von Frauen handelt. Frauenhandel ist ein internationales Phänomen und eine Form der Ausbeutung von Migrantinnen.

Auch der weit verbreiteten Meinung, dass es Frauenhandel erst seit den 90iger Jahren gebe, muss klar widersprochen werden. Frauenhandel existiert seit Jahrhunderten. Er basiert zum einem auf den patriarchalen, rassistischen und kolonialistischen Strukturen unserer Gesellschaft, zum anderen auf den jeweiligen historischen Ausformungen. So wurden z.B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts Frauen aus Europa nach Lateinamerika und Frauen von Japan in die Kolonien in SO-Asien gehandelt.

Seit den 70iger/80iger Jahren ist Frauenhandel nun aber verstärkt ein Phänomen zwischen Süd-Nord und Ost-West. Das heißt, dass Frauen aus Asien, Afrika, Lateinamerika und seit der politischen Wende 1989 verstärkt aus Mittel- und Osteuropa nach Westeuropa, Nordamerika und nach Japan gehandelt werden. Was aber nicht bedeutet, dass es Frauenhandel auch innerhalb der Regionen und Länder des Südens und Mittel-/Osteuropas gibt.

Gründe für die Zunahme des Frauenhandels sind einerseits die durch die neoliberale Globalisierung der Wirtschaft ausgelösten Migrationsbewegungen und die dadurch noch größere Polarisierung zwischen armen und reichen Ländern. Diese Wirtschaftspolitik wirkt sich besonders auf die Frauen im Süden und in Osteuropa verstärkt aus und bringt sie in eine ökonomische Zwangslage; das heißt, dass die Feminisierung der Armut auch zu einer Feminisierung der Migration führt. Auf der anderen Seite gibt es eine Nachfrage der Industriestaaten nach Arbeitskräften für den Bereich Hausarbeit, Sexarbeit, Altenpflege und für die Ehe. Durch die Tatsache, dass sich Frauen in den westlichen Staaten Arbeit suchen müssen oder möchten und durch die restriktiven

Fremdengesetze entsteht eine immense Kluft, die den Frauenhandel begünstigt und ermöglicht. An diesem Punkt kann der Betrug, der Missbrauch, die Gewalt und Ausbeutung von Migrantinnen ansetzen, da die Frauen auf die Unterstützung von Dritten angewiesen sind. Dadurch begeben sie sich - ohne dass sie es vorher wissen - in die Abhängigkeit von Händlern, Arbeitgebern und/oder Ehemännern oder anderen Personen, die aus ihrer Notlage Profit schlagen.

Mechanismen und Strukturen des Frauenhandels

Grundsätzlich bezeichnet Frauenhandel die Mechanismen und Strukturen, die hinter dem Handel und der Ausbeutung von Frauen in die Prostitution, in den Haushalt, in die Ehe (traditionell den Frauen zugewiesene Reproduktionsbereiche) und in andere Arbeitsbereiche stehen.

Entwicklungen auf internationaler Ebene

Frauenhandel ist eine gravierende Verletzung der Frauenrechte und darf daher nicht auf einzelne Delikte, wie Betrug, Vergewaltigung oder Schlepperei reduziert werden. Auch wenn das UN-Zusatzprotokoll zu Menschenhandel, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen und Kindern (Dez. 2000) dies berücksichtigt, so gibt es von Seiten der EU immer wieder Tendenzen, Frauenhandel auf illegale Migration und Schmuggel zu reduzieren.

Von Frauenhandel Betroffene werden in den meisten europäischen Ländern nach wie vor kriminalisiert. Was zur Folge hat, dass diese Frauen eine Ausweisung und/oder ein Aufenthaltsverbot erhalten - und dies, obwohl sie Opfer eines international anerkannten Verbrechens geworden sind.

Die Bekämpfung von Frauenhandel darf sich nicht alleine auf den strafrechtlichen Bereich konzentrieren, sondern muss sich gleichwertig auch auf den Schutz und auf die Rechte der betroffenen Frauen - und hier nicht nur auf die Zeuginnen, sondern auf alle Betroffenen - konzentrieren.



Foto: LEFÖ

Weiterführende Literatur

<http://www.lefoe.at>

UNESCO - Organisation der UN für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation



Mag. Tamara Blaschek

"Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden" - diese Leitidee der UNESCO wurde am 16. November 1945 von 37 Staaten in ihrer Verfassung verankert.

Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zogen die Mitgliedsstaaten eine Lehre: "Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss - wenn er nicht scheitern soll - in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden."

Die Leitidee erklärt auch das Ziel der UNESCO, Vertrauensbildung durch friedliche Zusammenarbeit zu schaffen: "Ziel der UNESCO ist es, durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern in Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit beizutragen, um in der ganzen Welt die Achtung vor Recht und Gerechtigkeit, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken, die den Völkern der Welt ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion durch die Charta der Vereinten Nationen bestätigt worden sind."

Initiatorin, Organisatorin, Beraterin

Die UNESCO, der bereits mehr als 190 Staaten angehören, dient als Forum für Mitglieder und versteht sich in erster Linie als Initiatorin, Organisatorin und Beraterin für Regierungen der ganzen Welt. Internationale Zusammenarbeit, der Austausch von Informationen, Erfahrungen und Ideen, sowie die Aus- und Weiterbildung stehen ebenfalls im Vordergrund.

Fünf Hauptprogramme

Mit den fünf Hauptprogrammen Bildung, Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften, Kultur und Kommunikation und Information verfügt die UNESCO über ein weltumspannendes Programmspektrum.

Bild: UNESCO



Im Kulturprogramm beispielsweise, ist die weltweite Erhaltung der kulturellen Vielfalt und des internationalen Kultur- und Naturerbes verankert. Seit der Verabschiedung der internationalen Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes, wurden bereits 754 Kultur- und Naturstätten in 129 Staaten aufgenommen - darunter acht österreichische Welterbestätten.

Welterbestätten Österreichs

- ▷ 2001: Kulturlandschaft Fertö/Neusiedlersee
- ▷ 2001: historische Zentrum von Wien
- ▷ 2000: Kulturlandschaft Wachau
- ▷ 1999: historische Zentrum der Stadt Graz
- ▷ 1998: Semmeringbahn
- ▷ 1997: Hallstatt-Dachstein-Salzkammergut
- ▷ 1996: historische Zentrum der Stadt Salzburg
- ▷ 1996: Schloss, Schlossgärten von Schönbrunn

ÖSTERREICH und die UNESCO

Österreich trat bereits am 13. August 1948 der UNESCO bei - die Österreichische UNESCO Kommission (ÖUK) wurde ein Jahr später (30. Juni 1949) gegründet.



Foto: GFJ

Heldenplatz, Wien

Hauptsächlich fungiert die ÖUK als Koordinationsstelle zwischen allen Programmbereichen der UNESCO und übernimmt folgende Aufgaben:

- ▷ Beratung von Bundes- und Landesregierungen sowie anderer staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen bei der Verwirklichung der Ziele der UNESCO in Österreich.
- ▷ Initiierung und Pflege von Kontakten zwischen der UNESCO und interessierten Institutionen u. Personen in Österreich.
- ▷ Förderung der Zusammenarbeit mit UNESCO-relevanten regionalen Initiativen.



Foto: GFJ

Altstadt, Salzburg

- ▷ Koordination der Beantwortung von Anfragen der UNESCO Paris und Mitwirkung mit bei der Vorbereitung der Generalkonferenz und des Exekutivrates der UNESCO.

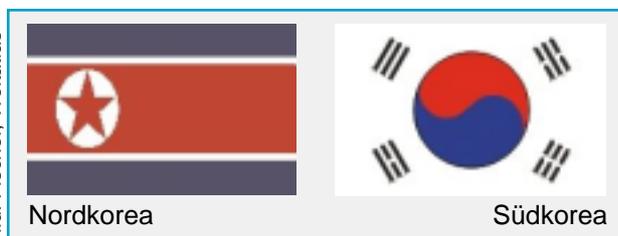
Weiterführende Literatur

<http://www.unesco.at>

Korea als Problem der Weltpolitik

Auf Grund seiner geostrategischen Lage im Zentrum Nordostasiens ist Korea in seiner Geschichte immer wieder Angriffsziel oder Schachfeld benachbarter Großmächte geworden.

Bild: Fischer, Weltatlas



Japan annektierte Korea 1910. Doch die Alliierten des Zweiten Weltkrieges beschlossen auf der Konferenz von Kairo 1943 seine Befreiung. Fatalerweise setzt aber US Präsident Franklin D. Roosevelt seine befremdliche Idee durch, die Koreaner - eine der großen Kulturen Ostasiens - seien zur Selbstregierung unfähig und bedürften einer vieljährigen "Treuhandschafungsregierung" alliierter Mächte. Diese Fehlentscheidung verhinderte für Korea die Bildung einer nationalen Regierung für das ganze Land trotz temporär bestehender Besatzungszonen (wie in Österreich ab 1945). Statt dessen entwickelten sich im sowjetisch besetzten Norden Koreas eine totalitäre kommunistische Volksrepublik und im Süden ein gemischt demokratisch-konfuzianisches Herrschaftssystem, die einander als Gegner konfrontierten. 1948 und 1949 zogen sich die Besatzungsmächte zurück und überließen das schuldlos geteilte Korea seinem Schicksal.

Der Koreakrieg (1950-53) begann am 25. Juni 1950 mit Nord-Koreas Blitzkrieg-Offensive, die rasch zur Eroberung ganz Süd-Koreas - mit der Ausnahme der Hafenstadt Pusan führte. Der UN-Sicherheitsrat und die USA riefen zum Widerstand auf um im September gelang es den UN-Streitkräften die Nordkoreaner im Süden zu schlagen. Als hiernach die Eroberung fast ganz Nord-Koreas durch amerikanische und südkoreanische Truppen folgte, griff China mit Massenheeren in den Krieg ein. Dieser endete 1953 nach 575 Verhandlungsrunden und dem Verlust von ca. vier Millionen Menschenleben mit dem bis heute gültigen Waffenstillstandsabkommen und der Wiederherstellung des Status quo der Landesteilung.

Weltpolitisch bewirkte der Krieg u.a. Bündnisse der USA mit Japan, Süd-Korea und Taiwan wie auch die Gründung des Südostasienspaktes. In Europa wurde die Bundesrepublik Deutschland Partner bei der Verteidigung des Westens. In Süd-Korea erfolgte aber in den sechziger und siebziger Jahren der meteorische Aufstieg zur Wirtschafts- Industrie- und Technologiemacht und in den achtziger Jahren, der Übergang von einer eher autoritären Herrschaftsform zur pluralistischen Demokratie.

Nord-Koreas Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen aus dem System zur Nichtverbreitung atomarer Waffen führten bereits 1993 und 1994 zu einer bedrohlichen Krise, die aber durch die Kompromisslösung des Genfer Abkommens zwischen den USA und Nord-Korea 1994 beigelegt werden konnte. Süd-Koreas Präsident und vormaliger Oppositionsführer Kim Dae Jung erzielte ab Ende der neunziger Jahre mit seiner versöhnlichen "Politik des Sonnenscheins" eine bedeutende Annäherung zwischen Süd- und Nord-Korea deren Höhepunkt im Juni 2000 in einer ersten Gipfelkonferenz der koreanischen Präsidenten bestand.

Die gegenwärtige Nuklearkrise entstand aus dem Verdacht Nord-Korea sei - wie es selbst behauptete - im Begriff Nuklearwaffen zu erzeugen bzw. zu besitzen. Diese Gegebenheit gibt Nord-Korea die Chance trotz bankrotter Wirtschaft und Hungerepidemien eine weltpolitische Rolle zu spielen. Mit China als Gastgeber fanden im April und August 2003 sowie im Februar 2004 internationale Konferenzen statt bei denen sich vier Großmächte - die USA, China, Japan und Russland sowie Süd-Korea - um eine Einigung mit Nord-Korea bemühten. Ein Durchbruch konnte nicht erzielt werden. Die nächste Verhandlungsrunde soll im Juni 2004 stattfinden.



Gottfried-K. Kindermann
ehem. Vorsitzender AVA



Grafik: Microsoft, Encarta

Weiterführende Literatur

Kindermann, Gottfried-Karl (2001):
Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik
1840 bis 2000. DVA, 728 Seiten



Mag. Christian Wlaschütz

In a recent article published in Foreign Affairs (Jan./Feb. 2004) Colin Powell wrote about "A Strategy of Partnerships". When he got to the Central and South Asian region, he mentioned the three local powers - China, India and Pakistan - in very different ways.

While stressing the aspects, which have to be improved in China, and only indicating the improvement of US-relations with Pakistan, Powell evidently tried to show a deep interest in the intensification of the relations between the US and "one of the world's venerable cultures". He concluded that "the two largest democracies on earth [US and India] are no longer estranged". (p.31)

The perception of India by its neighbours has been influenced by its cautious reactions on provocations. A good example of that is the Kargil-crisis in 1999, when different separatist groups supported by parts of the Pakistanian army occupied strategically important positions on the Indian side of the line of demarcation. India reconquered the positions, but refrained from entering Pakistanian territory and committing acts of revenge. Therefore India is considered as a "soft state", which undermines an adequate perception of India's real power. In this context it is understandable that prime minister Atal Behari Vajpayee hesitated in accepting an invitation of Pakistan's Pervez Musharraf to Islamabad in December 2003 in order to open a new peace initiative.



India and Its Neighbours

Two previous attempts, the famous bus travel to Lahore (1999) and the summit in Agra (2001), failed and were followed by a new escalation of the conflict. At the moment there seems to be a chance for peace-negotiations.

Geopolitically India's status in the region changed with the fall of the Soviet Union, its historic partner against the axis China-Pakistan. Although having maintained close links to Russia (Oct. 2000, Strategic Partnership), India is searching for new partners to balance the outstanding position of China. Obviously, this objective is shared by the US, which considers China as one of the strongest rivals in the Pacific region. Therefore a "Vision Statement" between India and the US on complementary responsibilities for international security was concluded issued during the visit of Bill Clinton in New Delhi in 2000.

The Sino-Indian relations have been strained for decades, although Prime Minister and Secretary of State Jawaharlal Nehru once called China a "natural ally". One of the principal problems was the definition of the borders. In 1954 Nehru accepted the Chinese dominance in Tibet, because he hoped that in return China would make concessions on the disputed border in the Himalayan zone and in Kashmir (on the whole around 125.000km²). But his hopes were disappointed. In 1962 China surprisingly attacked Indian positions. This national trauma led Nehru to ask the US for military help. The sudden end of the conflict avoided a direct involvement of the US.

Since the end of the Cold War the current relations between China and India have improved a lot. Both countries agreed upon respecting a line of control until the ultimate solution of the conflict. The economic and political co-operation, furthered by the common objective of a multipolar world, was strengthened. On the regional level both countries try to expand their zone of influence to the Southeast of Asia.

The above cited remark of Colin Powell indicates the mutual interest of the US and India to intensify their relations. Certainly the "war against terrorism" and the instability of Pakistan increases the importance of India for the US and hence its strategic position in South-Asia is growing stronger.

Sources

Landesverteidigungsakademie, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 3/2002, 2/2003

Menschenrechte in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Am 26. Mai 1995 wurde von den Staatsoberhäuptern der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eine eigene Konvention über die Rechte und Grundfreiheiten der Menschen unterzeichnet.

Dieser Vertrag wurde unter Berücksichtigung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte erstellt. Er sichert den Staatsbürgern umfassende Rechte und Freiheiten zu, schränkt diese mitunter ein und weist auf Pflichten gegenüber Staat und Gemeinschaft hin.



Grafik: Microsoft, Encarta

Die GUS-Staaten

Menschenrechte auf GUS-Gebiet

Die Konvention der Gemeinschaft unabhängiger Staaten über die Rechte und Grundfreiheiten der Menschen von 1995 ist nicht der erste Vertrag auf dem Gebiet der 1991 zur GUS zusammengeschlossenen Staaten. Menschenrechtsbestimmungen waren bereits in den Verfassungen der UdSSR von 1936 und 1977 festgeschrieben.

Die Erstellung der Erklärung

Die GUS-Staaten schufen knapp 40 Jahre nach Inkrafttreten der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eine eigene Konvention zu den Rechten und Grundfreiheiten der Menschen. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 von der UdSSR, als deren Nachfolgeorganisation die GUS gesehen wird, aufgrund von Vorbehalten nicht unterzeichnet, aber anerkannt. Ein wichtiger Grund war damals, dass Rassismus und Nazismus in der Erklärung nicht ausdrücklich verurteilt wurden, und es beim Recht auf Meinungsfreiheit und Vereinigung keine Einschränkung für Anhänger des Nationalsozialismus gab.

Der GUS-Vertrag ist ein Kompromiss gegenüber der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Hinter diesem Menschenrechtsvertrag können die Mitgliedsstaaten uneingeschränkt stehen, da er ihrem kulturellen und ideologischen Hintergrund entspricht, und außerdem ihrem Menschenbild.

Vermutlich liegt hauptsächlich im unterschiedlichen Menschenbild der Grund für die Erstellung einer eigenen Konvention. Dass die Konvention erst nach Zerfall der UdSSR und Gründung der GUS entstand, soll vermutlich einen Aufbruch signalisieren und die Mitgliedstaaten enger zusammenschweißen.



Bettina T. Kölbl

Vizepräsidentin AFA

Zuversicht und Hoffnung

Die GUS-Konvention erscheint sehr fortschrittlich und modern. Schon allein die Formulierung der Artikel, verglichen mit den Menschenrechtsartikeln der vorherigen Verfassungen, erzeugt diesen Eindruck. Toleranz und Mitmenschlichkeit werden groß geschrieben, ebenso wie Gleichberechtigung. Im Vordergrund steht der Wunsch nach einer idealen Gesellschaft mit idealen Menschen. Man hat sich einen Staat erdacht und einen Menschen, der in ihm lebt. Nun versucht man, diese Vorstellungen auf den realen Menschen und auf den Staat zu projizieren, was Zeit und Anstrengung braucht. Das formulierte Menschenbild lässt auf einen imperfekten Menschen schließen, der dem Ideal nicht entspricht, aber zugleich auch als Wesen, das von Grund auf gut ist und Potential besitzt. Man traut ihm alle erwünschten Eigenschaften zu. So werden dem Menschen die Fähigkeit zur Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft ebenso wie die zur Toleranz zugesprochen, man versucht diese Eigenschaften, wo immer sie nicht zu sehen sind, anzusprechen und nach außen zu kehren. Der Staat soll die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit der Mensch zufrieden und geschützt in ihm leben kann. Die Konvention erzeugt Zuversicht und Hoffnung. Es scheint, als hätte man erkannt, dass die Situation in der Vergangenheit nicht gut war, und wage nun einen Aufbruch. Da die Wahrung der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten alles andere als zufriedenstellend erfolgt, ist eine Einhaltung der Konvention wünschenswert.

LINKS

amnesty international.

<http://www.amnesty.com>

Peter Danchin: "Drafting history".

http://www.ccnmtl.columbia.edu/projects/mmt/udhr/udhr_general/drafting_history_10.html

Theodor Schweisfurth: „Die SU im Aufbruch zum sozialistischen Rechtsstaat“; Sergej Kowalew: „Überwindung des Totalitarismus in Russland“.

<http://www.igfm.de/mr/mr1998/mr980235.htm>



Klaus H. Iro

Charles Kupchan über Europa und die USA im Weltsystem von Morgen

Bericht über einen Vortrag am 17. 12. 2003 im kleinen Festsaal der Universität Wien

Die Auseinandersetzung zwischen der "alten" und der "neuen" Welt ist geprägt von Neid, Missgunst und Verärgerung. Gewichtige Stimmen beiderseits des Atlantiks sparen selten mit harter Kritik gegenüber dem Anderen. Der Politologe Charles Kupchan fällt

diesbezüglich aus der vermeintlich US-amerikanischen Rolle und fordert die Wiederentdeckung einer alten Partnerschaft.

Starke USA - Schwaches Europa ?

Gleich zu Beginn stellt Kupchan unverblümt fest: "Historiker werden unsere gegenwärtige Lage als historische Schnittstelle bezeichnen." Die Vereinigten Staaten sind so stark wie keine Weltmacht vor ihnen. In allen international relevanten Politikbereichen - seien sie militärisch, ökonomisch, technologisch oder kulturell - sind die Vereinigten Staaten unangefochtene Führungsmacht in der Welt. Gleichzeitig aber ist die Macht der USA, die Weltpolitik zu lenken, und ihr Wille, diese Macht in alle Regionen der Welt zu projizieren, im Schwinden begriffen. Auch wenn die Vereinigten Staaten noch lange Nummer Eins in der Welt bleiben, werden sie dennoch mit zunehmenden Beschränkungen für ihr internationales Handeln leben müssen. Die wichtigste Beschränkung liegt jedoch nicht auf militärischem oder ökonomischem Gebiet (hier sprechen die Zahlen weiterhin eine deutliche Sprache), sondern ergibt sich durch den Verlust an Legitimität des US-Führungsanspruches, den der Rest der Welt und hier vor allem Europa nicht mehr hinnehmen will.

Europa hingegen hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Die heutige EU ist ein "politisches Wesen, das die Welt bis jetzt noch nicht gesehen hat". Diese Einigung auf dem europäischen Kontinent hat langsam aber sicher auch geopolitische Konsequenzen, denn mit den wachsenden Ressourcen und dem damit einhergehenden Einfluss auf die Weltpolitik, steigt auch der Wille der EU-Staaten, diese Mittel in seinen internationalen Beziehungen einzusetzen und eigenständig zu agieren.

Und: Europäischer Einfluss wird in der heutigen Welt als legitimer angesehen, als die Vormachtstellung der USA.

Diese Veränderung wird die geopolitische Landkarte langfristig und nachhaltig verändern. In Kupchans Worten: "Seit den letzten fünfzig Jahren verläuft die Straße der Weltpolitik mitten durch die amerikanische Hauptstadt. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine neue Straße eröffnet wird. Und diese Straße verläuft durch Europa."

"Engines of Change"

Gründe für diese Veränderung findet Kupchan beiderseits des Atlantiks.

In Europa wird die Skepsis gegenüber dem Integrationsprozess vor allem durch Negativschlagzeilen genährt. Berücksichtigt man jedoch die historische Perspektive so fällt der Befund anders aus: Vor rund 150 Jahren kreisten die politischen Debatten in den USA um dieselben Fragen, mit denen heute Europa konfrontiert ist: gemeinsame Währung, zwischenstaatlicher Freihandel, eigenständige Sicherheitspolitik der Einzelstaaten. Verglichen mit diesem und anderen historischen Beispielen (Deutschland 1870er, Italien 1890er) ist die EU absolut im Zeitplan, teilweise sogar schon voraus: das Bruttoinlandsprodukt aller EU-Staaten zusammen überschreitet jenes der USA, der Euro hat sich zu einer zweiten Weltreservewährung entwickelt ("Das von Amerikanern gewonnene Erdöl im Irak wird auf den internationalen Märkten in Euro nicht in Dollar gehandelt.").



Auch der politische Diskurs über Europa hat sich in den 1990ern grundlegend verändert. War das Europa-Konzept der Nachkriegszeit vor allem von der kriegerischen Vergangenheit des Kontinents geprägt, so steht heutzutage die Zukunft ("Finalität") eines gemeinsamen Europas im Zentrum

der Diskussionen, die - auch dies ein neues Phänomen - zunehmend von jungen Menschen in Europa geführt werden. Dieser Generationswechsel in der intellektuellen Auseinandersetzung über Europa wird nachhaltige Folgen für die Rolle haben, die Europa in der Welt zu spielen beginnt.

Auf der Ebene von Diplomatie und Geopolitik sind die Fortschritte der EU ebenfalls durchaus beachtlich: Der Vorschlag einer gemeinsamen Vertretung der Mitgliedstaaten nach außen gewinnt zunehmend an Substanz, das geopolitische Profil bekommt schärfere Konturen und die Diskussionen über eine gemeinsame Sicherheitspolitik haben durch das Irak-Debakel neuen Auftrieb erhalten.

Jene europäische Länder, welche die USA im Irak-Krieg unterstützt haben, werden nach Kupchan die schmerzliche Erfahrung machen, dass sie in diesem Fall auf das falsche Pferd gesetzt haben, denn die erhoffte Sicherheit für die Beitrittsländer liegt in der EU, nicht in der NATO. Für Kupchan ist jedenfalls klar: "Europa tritt nunmehr selbstbewusster an die Vereinigten Staaten mit den Worten heran: Gebt uns einen Platz am Tisch!"

In den USA schlägt das außenpolitische Pendel laut Kupchan eindeutig in die Gegenrichtung: Der liberale Internationalismus eines Franklin Delano Roosevelt in den letzten fünfzig Jahren fand gleichzeitig mit dem Kalten Krieg sein Ende. Die US-amerikanische Außenpolitik der 1990er Jahre war zunehmend vom Rückzug vom globalen Engagement gekennzeichnet, wobei der 11. September in dieser Hinsicht lediglich den Schlussstrich markiert. Die regierende republikanische Partei spaltet sich außenpolitisch in zwei Flügel: die Unilateralisten ("Neocons") und die Isolationisten, die "an nicht mehr interessiert sind als ihrem eigenen Vorgarten in Texas und nur zwei Verbündete in ihrer Außenpolitik kennen: Mexiko und Kanada". Die ehemals stark international orientierte Gruppierung der "Wall Street Republicans" (Kissinger, Baker oder Bush senior) ist hingegen weitgehend marginalisiert worden. Die Ansicht, daß der außenpolitische Kurs der USA mit einem Regierungswechsel durch die Demokraten wieder auf die liberal-multilaterale Tradition zu steuert, hält Kupchan aus zwei Gründen für eine Illusion: Erstens: Die Unfähigkeit der Bush-Administration Sicherheit und Stabilität im Irak (und der eigenen Truppen) zu garantieren ist lediglich ein weiterer Stein des Anstoßes in der isolationistisch geführten, inneramerikanischen Diskussion über Außenpolitik. Und hier wie auch in anderen Fällen US-amerikanischer Militärpräsenz stellen sich US-Amerikaner immer öfter die Frage: "Wenn sie uns nicht wollen, was machen wir dann dort eigentlich noch?" Zweitens ist die US-amerikanische Politik zunehmend fragmentiert. Das Bild von den "liberalen Küsten am Rande eines konservativen Binnenlandes" entspricht viel eher der Situation des 19. Jahrhunderts als den Verhältnissen der Weltmacht USA im 20. Jahrhundert. Dazu kommt, daß sich der Schmelztiegel USA der industriellen Ära in einzelne, ethnische Gruppen auflöst. Die vormals weiße Mehrheit wird immer mehr durch andere Gruppen ersetzt (Hispanics), die sich in ihrer Politik weit mehr nach Südamerika oder Ostasien orientieren, als nach Europa, und deren außenpolitische Interessen mehr durch Handel und kulturelle Beziehungen geprägt sind, als durch sicherheitspolitisches Überlegungen.

Konkurrenten oder Partner ?

Was bedeuten diese Entwicklungen nun für die geopolitische Formation des Westens? Kupchan ist hier durchaus pessimistisch. Der Westen, ehemals eine "Zone des Friedens, in der das alte System des Mächtegleichgewichts nicht funktioniert", ist heute in zwei Hälften geteilt:

Europa mit seiner Forderung ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu bilden, und die USA, die "den Prozess der europäischen Einigung unterminieren wollen." An dieser Stelle wird Kupchan am deutlichsten: Eine solche Konstellation kann leicht dazu führen, dass die ehemaligen Partner zu weltpolitischen Konkurrenten, vielleicht sogar zu Feinden werden, was die jeweilige Position beider Seiten in der Welt schwächen würde.

Um diese Entwicklung zu verhindern, gibt Kupchan den beiden Kontinenten einige Ratschläge mit auf den Weg. An Europa gerichtet: "Vertieft die Union, werdet ein verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten in der Welt! Ihr seid den Weg der Integration zu weit gegangen um Amerikas Fußstapfen zu folgen, aber noch nicht stark genug, um einen vollkommen eigenen Kurs einzuschlagen." Die USA hingegen sollten endlich realisieren, wie verärgert die Welt über die unilaterale Außenpolitik ist, und zu einer liberalen Doktrin von Außenpolitik zurückfinden. Dies würde auch die Legitimität des US-amerikanischen Führungsanspruches wieder herstellen und die historische Partnerschaft zwischen Europa und den USA erneuern.

Sein Wort in beider Ohren!

Charles Kupchan

Charles Kupchan war Mitglied des Planungsstabs im State Department sowie Chef des Europa-Ressort im Nationalen Sicherheitssrat während der ersten Periode der Clinton-Administration. Heute lehrt der Politologe an der renommierten School of Foreign Service, Georgetown University (Washington DC) und ist Senior Fellow am berühmten Council on Foreign Relations (Washington DC). Forschungsschwerpunkte: Internationale Beziehungen, Geopolitik und strategische Studien. Sein zuletzt erschienenes Buch "The End of the American Era" wurde in politischen wie politologischen Kreisen beiderseits des Atlantiks heftig diskutiert. Genau, wo er die Diskussion haben will.



Quelle: <http://www.georgetown.edu/departments/government/faculty/kupchan>

Literaturhinweis

Charles Kupchan, The End of the American Era: US Foreign Policy and the Geopolitics of the 21st Century; New York: Alfred A. Knopf 2002 dt.: Die europäische Herausforderung: Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas; Berlin 2003

Why Austria's Neutrality Causes Frustration for Some but Does Not Have to Worry About Itself

Picture: WKO



Dr. Philipp J. Marboe

Everybody who takes the trouble of following the discussion on Austria's neutrality will soon understand that regularly every argument has to "capitulate" before the "overkill fact" of a clear pro-majority. In particular, stirring appeals by "younger ones", calling for a complete participation in security matters through a NATO-entry, pale beside unequivocal

survey results. But also the official political discourse must constantly take the public opinion into consideration and therefore obeys a fixed unsatisfying pattern. Consequently, when it "happens" to a member of government to call neutrality into question or even to have one's eyes on NATO-membership, right away he or she has to renege and confess to neutrality, at least "until the emergence of a European security system". Such a pulling back could be observed recently in the campaign for the presidential elections. There is no doubt that Austrian neutrality did undergo a considerable change during the last years. In such a way that, today, it is reduced to a mere non-aligned status. This adaptation has become necessary through the radical changes since the end of the Cold War and the accession of Austria to the EU under the obligation to participate fully and actively in the CFSP. The problem, though, is that this development took place somehow "secretly", going past the population, just for concern about the overwhelming and stable majority in favour of neutrality.

In the light of party politics, this phenomenon is understandable. From a general democratic political point of view it would be desirable - uninfluenced by elections - to inform the Austrians better and more specifically. What surveys do regularly reveal as well is an enormous lack of information in security policy questions. Many Austrians have a classic understanding of neutrality and still associate neutrality per se with safety. Only a few are aware of how much the geopolitical situation, the threats, but also the "players" have changed.



Through objective information - as once during the EU-accession-campaign - people would realize that neither a "European security system" nor ESDP will ever function

without NATO, and that, in fact, the alliance itself has become THE stability guaranteeing organisation in which on no account you have to send soldiers automatically to war and which also provides the best protection against international terrorism. Above all - again comparable to the EU-accession-campaign -, Austrians would realize that "being inside" brings more influence. In the end of a broad discussion a referendum over the neutrality/NATO question should be held.

Admittedly, for political pragmatists such a way is "unproductive" and, given the importance of neutrality for the national identity, risky. But it would lend Austria's role more credibility. According to the declared will of a well informed public, Austria would be in the position to accomplish its engagement in Europe more self-confidently and without any "bad conscience", for example when it comes to contribute a brigade to the European Rapid Reaction Force. As a side effect, Austria could even set a courageous example for other neutral countries in Europe. Or, if its people decide so, go back to a classic neutrality. In any case, times of "fruitless" discussions and balancing acts of politicians would be over.

There is no question that Austria can also live well with the status quo. And you do not have to be a prophet to predict - the high hurdle of a referendum in mind - that even after its half-a-century-anniversary in 2005 neutrality has many good years ahead.

Picture: GFJ



„Pallas Athene“, Österreichisches Parlament

Studieren und Arbeiten in Spanien Erfahrungen und Tipps von Mag. Arthur Stadler

Ein Auslandsaufenthalt kann wahrlich bereichernd sein. Dies gilt sowohl aus sprachlicher, persönlicher und kultureller Sicht als auch in Hinblick auf Freundschaften aus verschiedensten Ländern, die oft ein Leben lang währen.

Ich selbst durfte im Studienjahr 2001/2002 als Erasmus-Student an der sehr renommierten Universidad Carlos III de Madrid in Spanien studieren. Die Mühen der Internationalität mit anderer Sprache und Kultur als auch die Schwierigkeiten bei der neuen Umgebungsanpassung mit den üblichen Problemen machen sich spätestens bei einem Rückblick auf das Studienjahr und die Persönlichkeitsentwicklung bezahlt.



Madrid, Spanien

Sowohl für das Studium als auch für eine berufliche Tätigkeit in Spanien sei gesagt, dass der Auslandsaufenthalt im Vorfeld sehr gut geplant werden sollte. Spanier gelten als sehr flexibel und für Veränderungen aufgeschlossen. Jedoch sollte man für sich selbst sehr wohl ein Schema zusammenstellen, welche Prüfungen man bei einem

Studium in Spanien abzulegen und in Österreich auch anzurechnen beabsichtigt. Dieses Schema kann man ja bei Bedarf den Umständen anpassen. Hat man in Österreich noch für die nötigen Vorkehrungen für Anrechnungen, Kontakte mit Betreuungspersonen bzw. für Übersetzungen von Dokumenten gesorgt, so kann der Aufenthalt umso mehr genossen werden.

Studium in Spanien

Empfehlen möchte ich für ein Auslandsstudium in Spanien jedenfalls das ERASMUS/SOKRATES - Programm.

War die "Erasmus" Bewerbung nicht erfolgreich, kann man immer noch als "Free Mover" das Vorhaben durchziehen, hat jedoch doppelten Aufwand für Anrechnungen und Bewerbungen um Aufnahme an den spanischen Unis. Ich selbst lernte an meiner spanischen Fakultät einige "Free Mover" kennen, die nach all diesen Mühen im Grunde den gleichen Status wie "Erasmus-Studenten" hatten, jedoch für Studiengebühren und universitäre Sprachkurse selbst aufkommen mussten.

Bei Postgraduate Studien in Spanien sei aufgrund des Wildwuchses an Master-Programmen in den letzten Jahren Vorsicht geboten. Auch wegen der Arbeitsmarktsituation in Spanien werden zahlreiche postgraduale Lehrgänge angeboten, die oft große Qualitätsunterschiede aufweisen.



Mag. Arthur Stadler

Arbeiten in Spanien

Im Anschluss an mein Studium hatte ich in einer großen internationalen Rechtsanwaltskanzlei in Madrid gearbeitet. Für eine berufliche Tätigkeit in Spanien sind jedenfalls sehr gute Spanisch-Kenntnisse erforderlich. Für Kontakte zu Unternehmen bzw. Vermittlungen hilft auch gerne die Außenhandelsstelle der Wirtschaftskammer Österreich in Madrid bzw. Barcelona professionell weiter. Eventuell kann auch versucht werden, für eine kürzere berufliche Tätigkeit um ein "Leonardo"-Stipendium der EU anzusuchen. Letztendlich sollte man sich aber von kleineren Hindernissen nicht abschrecken lassen, denn all diese persönlichen und beruflichen Erfahrungen können mit nichts aufgewogen werden.

LINKS

Weitere Informationen unter
<http://www.oead.ac.at>

Hier einige Websites von Universitäten in Madrid, an denen sowohl "undergraduate" als auch "postgraduate" Studien angeboten werden:

Universidad Complutense de Madrid:
<http://www.ucm.es>

Universidad Carlos III de Madrid:
<http://www.uc3m.es>

Universidad Autónoma de Madrid:
<http://www.uam.es>

Universidad de Alcalá, Alcalá de Henares:
<http://www.uah.es>

WKO in Spanien:
<http://austriantrade.org/madrid>,
<http://austriantrade.org/barcelona>

E-Mail: madrid@wko.at; barcelona@wko.at
Leonardo-Stipendien:
<http://www.leonardodavinci.at>



Veronika Schweiger

Studentin Int. Entwicklung

Peru - von der Küste in den Regenwald

DIE peruanische Kultur

DIE peruanische Kultur gibt es nicht, so wie es DIE europäische nicht gibt. Natürlich könnte ich von den Ruinen der Inca oder der Chanchan - Kultur berichten, von bunten Röcken und Tänzen im Hochland oder von kanufahrenden Indigenas im Amazonasregenwald. Ich würde damit auch nicht lügen - aber es wäre, als ob

ich Mozart und Strauß, Schuhplatteln und Walzer als Österreich verkaufen würde.

Costa - die Küste



Grafik: Microsoft, Encarta

Die Küste in Peru ist Wüste, die immer wieder einmal von fruchtbaren Flusstälern durchkreuzt wird. Lima, die 10-millionengroße Hauptstadt spiegelt Peru wieder - ein reiches armes Land. Wer die Stadt vom höchsten Hügel aus überschaut, sieht die Hochhäuser und Villen der Reichsten in Strandnähe und in entgegengesetzter Richtung die endlosen Hügel mit Hütten und Häusern, in denen der Großteil der BewohnerInnen um ein Auskommen kämpft. Schuhputzerkinder und ZuckerverkäuferInnen versuchen auf der Straße einige Sol zu verdienen. Zwischendurch spielen die Kinder. Vergessen kurz, dass zu ihrer Kultur die Kinderarbeit dazugehört - oder ist das nicht Kultur, sondern Armut? An einem Abend feiern wir, die Familie bei der ich wohne, ein Fest. Ich bringe Bier mit und Cola - Feiertagsgetränke. Die Garage in der wir wohnen füllt sich mit Freunden. Wir tanzen Salsa, Merenge, unterhalten uns und haben Spaß. Ja, an diese Kultur erinnere ich mich gerne!

Sierra - das Andenhochland

Die Quechuas und die Aymaras im Süden Perus sind die Indigenas, die uns beim Wort Peru wahrscheinlich als erstes einfallen. Bunte Ponchos, Panflöten und Trommeln prägen ihre Volkskultur - oder das, was den TouristInnen gezeigt wird. Die Bauern im Hochland ringen dem Boden Kartoffeln, Quinoa, Mais und Gemüse ab. Im trockenen Winter wird es oft sehr kalt - Heizungen gibt es keine, Perspektiven nur wenige.

Viele junge Leute, wollen gerne in den Westen, sie sehen keine Chance im eigenen Land. Andere wollen ihre eigene Kultur nicht verlieren. Sie suchen neue Wege des Überlebens, neue Möglichkeiten des Fortschritts. Die wirtschaftliche Situation im Land ist schlecht. Das Vertrauen in Präsident Toledo ist zwei Jahre nach seinem Amtsantritt wieder verloren gegangen. Menschen schließen sich zusammen, um für ihre Rechte auf Arbeit, auf Bildung, auf ausreichend Nahrung und auf Gleichbehandlung einzutreten - wie es in unserer Kultur der Menschenrechte üblich ist, oder?

Selva - der Regenwald

Im Regenwald leben über 50 verschiedene Volksgruppen. Die Shibipos am Ucayali sind eine davon. In der Stadt Pucallpa lerne ich eine junge Rockgruppe kennen. Ich dachte nicht, im Regenwald Heavy Metall zu hören. Da passten die Gesänge der Heiler schon eher in meine Vorstellungen. Der Medicus in Leiberl und Jean versucht in einer Ayawaska-Zeremonie, die bösen Geister der Krankheit zu vertreiben. Heiler sind immer gefragt. Anders geht es den vielen Arbeitssuchenden. Motortaxifahrern, ein Dreitage-Job bei einer Holzfirma, Fischverkaufen, Schmuck basteln und verkaufen - die Ideen zum Überleben kennen keine Grenzen.

Zukunftsaussichten

Wir saßen zusammen und redeten über die Welt, die Chancenungleichheiten der Menschen in verschiedenen Ländern. Wir lachten, diskutierten, stritten ein wenig - die Kultur eines interkulturellen Polylogs (nach Uni. Prof. Dr. Franz M. Wimmer) ist nicht immer eine einfache. Aber sie grenzt nicht aus. Sie verstellt die Sicht nicht auf die schönen Seiten des Lebens - wo auch immer - in Peru oder sonst wo auf der Welt. Und sie öffnet die Augen für die Ungerechtigkeiten, die nicht mit Kultur erklärt werden dürfen.



Still Walking: Mandela, Mbeki and the Future of South Africa

This year marks the 10th anniversary of the liberation from the apartheid regime and the holding of the first non-racial elections in South Africa. A date to celebrate - and an opportunity to take a closer look at a country, characterized by diversity, struggle, and hope. The challenges still remain and the cost of the years of conflict will be paid for a long time yet.

So, does the anniversary matter? Of course it does. Some great strides have been taken, in housing, education and the provision of basic services such as water and electricity and South Africa is now home to a substantial black middle class, something that was unthinkable in the worst years of apartheid. As one of the world's fastest-growing tourism spots and the possible hosting of the soccer World Cup in 2010 in sight, South Africa seems to have gained a great deal over the last decade. Almost National reconciliation, one of the toughest and most important challenges for the country, is still far from being accomplished - Nelson Mandela's 1996 established Truth and Reconciliation Commission only producing little results and compensation for the victims of apartheid crimes has been paltry. Unemployment of up to 50% blights many black communities and feeds rising levels of crime and worsens living conditions especially in rural areas.

Despite improved job markets, less inflation and growing foreign investment, only portions of the country's 46.4m inhabitants could benefit from recent economic consolidations. Further does South Africa have the single biggest HIV-positive population in the world, estimated at somewhere between four and five million and the country may move towards the "death phase" of the disease, when more people die than there are new infections. Average life expectancy at birth will then drop to 50 years and below with fatal consequences for the country. One small glimmer of hope: In 2004 all state hospitals should start giving patients anti-retroviral drugs (dubbed as dangerous by president Thabor Mbeki some years ago), prolonging many lives and saving children from becoming orphans.

Two projects will be in the center of president Mbeki's policies, who is very likely to sweep to victory with at least two-thirds of the vote in the general elections in April, during the upcoming years. The pursuing of the New Partnership for Africa's Development (NEPAD) that aims to establish a new framework of interaction with the rest of the world as a means of putting Africa on a high-growth path. The NEPAD, which is based on liberal strategies of integration, economic growth and good governance, should help to lead the continent into a renaissance, ending poverty and oppression and regaining dignity.

The other core issue is black empowerment. The government will begin implementing its black economic empowerment strategy, which aims to increase black participation in all sectors of the economy. The outcome of these policies still to be seen, South Africa has enough reasons to celebrate the upcoming months. But a long road still needs to be walked down in order to transform freedom of oppression into an actual freedom of choices.

Informations

South Africa

- 1910 - Union of South Africa by former British colonies
- 1912 - Native National Congress founded, later renamed the African National Congress (ANC)
- 1914 - National Party (NP) founded
- 1948 - Policy of Apartheid adopted when NP takes power
- 1960 - Seventy black demonstrators killed, ANC banned
- 1961 - South Africa declared a republic, leaves the Commonwealth, Mandela heads ANC's new military wing, which launches sabotage campaign
- 1984 -89 - Township revolt, state of emergency
- 1990 - ANC unbanned
- 1993 - Agreement on interim constitution
- 1994 - ANC wins first non-racial elections. Mandela becomes president, Government of National Unity formed, South Africa takes seat in UN General Assembly
- 1999 - ANC wins general elections, Mbeki new president
- 2001 - The ruling ANC and the New National Party announce a merger
- 2004 - Third general elections

Nelson Mandela

- 1918 - Born in the Eastern Cape
 - 1943 - Joins the ANC, later founder and president of the ANC Youth League
 - 1956 - Charged with high treason, but charges are dropped after a four year trial
 - 1964 - Sentenced for life
 - 1980 - Oliver Tambo, friend and companion who was in exile, launches international campaign to release Mandela
 - 1990 - Freed from prison
 - 1993 - Wins Nobel Peace Prize
 - 1994 - Elected president in first multi-racial elections
 - 1999 - Steps down as president
- Recently diagnosed with prostate cancer, Mr Mandela still travels around the world promoting peace

Thabor Mbeki

- 1942 - Born in the Eastern Cape
- 1956 - Joins the ANC Youth League
- 1960 - Moves to Johannesburg and comes under the guidance of Walter Sisulu and Duma Nokwe, important figures in the movement
- 1962 - Leaves South Africa under orders from the ANC and completes a Masters degree in economics in Britain
- 1970 - Is sent to the Soviet Union for military training
- 1970s - Various ANC posts in Botswana, Swaziland, Nigeria
- 1978 - Rises constantly in the ANC under the direct tutelage of Oliver Tambo, the organization's president
- 1980s - Head of the ANC Department of Information and Publicity, later head of the ANC Department of International Affairs
- 1990s - Key figure in ANC's negotiation with former govern.
- 1997 - New president of the ANC
- 1999 - New President of South Africa
- 2000 - Criticized for questioning the link between HIV and Aids and or failing to condemn the land invasions in Zimbabwe

LINKS

Nelson Mandela, Long Walk to Freedom, Back Bay Books, 1995

Richard Calland and Sean Jacobs (eds.), Thabo Mbeki's World: The Politics and Ideology of the South African President, Zed Books, 2003

Allister Sparks, Beyond the Miracle: Inside the New South Africa, University Chicago Press, 03



Mag. Claudia Fabrizy

Stimmen von FriedensnobelpreisträgerInnen und des Österreichischen Netzwerkes für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit, herausgegeben von Pete HÄMMERLE und Thomas ROITHNER

Das Rad der Gewalt bremsen - das ist das Anliegen dieses Arbeitsbuches mit Beiträgen von FriedensnobelpreisträgerInnen und österreichischen FriedensaktivistInnen. Das gemeinsame Ziel ist altbekannt, aber leider immer wieder aktuell: Die Überwindung von festgefahrenen Gewaltmustern. Sei es in zwischenmenschlichen Beziehungen und im alltäglichen Umfeld, sei es im Großen durch Strukturen der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und Diskriminierung oder in vielen aktuellen Krisengebieten, überall wird Gewalt angewendet und überall werden noch immer Menschen Opfer von Gewalt.



Vor dem Hintergrund der Internationalen UNO-Dekade 2001 - 2010 für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit der Kinder dieser Welt zeigen Kofi Annan und andere Autoren einen Weg zu einer neuen, gewaltfreien Grundhaltung. "Indem wir das Augenmerk auf unsere Kinder legen, verpflichten wir uns (...)

eine gute Grunderziehung zu fördern, die auf den universellen Werten und der Praxis einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit gründet", so Koichiro Matsuura, Generaldirektor der UNESCO. Diese Aufgabe gehe uns alle an und solle daher in allen Dimensionen des Lebens verflochten werden: in den Schulen, den Arbeitsstätten und zu Hause; auf nationaler und kommunaler Ebene; im öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Bereich.

Mairead Corrigan Maguire, Friedensnobelpreisträgerin 1976 aus Nordirland, sieht den Weg zur Gewaltfreiheit in der Erziehung. Sie plädiert an die Regierungen, Erziehung für Frieden und Gewaltfreiheit in die Lehrpläne aufzunehmen. "Wenn menschliche Wesen den Krieg in sich tragen, können sie das auf die Gesellschaft projizieren.

Dem Rad in die Speichen fallen

Starke Gefühle verstehen und damit umgehen zu lernen, würde Kindern (und Erwachsenen) helfen, besser mit ihrem Leben zurecht zu kommen."

Kofi Annan beschreibt in seiner Nobelpreisrede drei entscheidende Prioritäten für eine friedliche Zukunft: die Beseitigung der Armut, die Verhinderung von Konflikten und die Förderung der Demokratie. "Nur in einer Welt frei von Armut können alle Männer und Frauen das Beste aus ihren Fähigkeiten herausholen.

Nur wo die Rechte des Einzelnen geachtet werden, können Meinungsverschiedenheiten politisch behandelt und friedlich beigelegt werden. Nur in einem demokratischen Umfeld, das auf der Achtung der Vielfalt und auf Dialog beruht, können individuelle Selbstverwirklichung und Selbstregierung gesichert und die Vereinigungsfreiheit garantiert werden."

Die Beiträge spannen sich von Beschreibungen einer internationalen Kultur des Friedens bis zur Arbeit für Frieden und Gewaltfreiheit in Österreich. Zu Wort kommen neben Friedensnobelpreisträgern Vertreter von NGOs und Friedensnetzwerken.

Ein umfassendes, weises Arbeitsbuch zum Frieden, das als Klammer die Erziehung unserer Kinder zur Gewaltfreiheit hat.

Ein Arbeitsbuch

Pete Hämmerle, Thomas Roithner (Hrsg.)
368 Seiten - ISBN 3-9502098-5-9
Preis: 15,-

Bezug: Thomas Roithner, c/o ÖSFK Wien
Wiedner Gürtel 10, A - 1040 Wien
E-Mail: thomasroithner@yahoo.com

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK)

Außenstelle Wien - Vienna Office
Bearbeitung: Mag. Dr. Thomas Roithner
Wiedner Gürtel 10, A - 1040 Wien
Tel. +43/1/796 99 59
Fax +43/1/796 57 11
E-Mail: aspr.vie@aspr.ac.at
Web: http://www.aspr.ac.at

Vienna International Model United Nations - VIMUN 2004:

The Vienna International Model United Nations - VIMUN - has already become an integral part of the events calendar of the United Nations Youth and Student Association of Austria - Academic Forum for Foreign Affairs (UNYSA - AUSTRIA - AFA). In fact, this year's VIMUN will mark the 10th anniversary making it an even more special event.



As a result, the concept of VIMUN will not only be based on an holistic approach, but will also link major international youth events of -

such as the International Youth Parliament (IYP) in Australia and the Youth Employment Summit in Mexico - in one platform. Consequently, committees simulated at VIMUN 2004 will not only be inter-linked but will also range from exciting topics of Child Trafficking as being the Slave Trade in the 21st century in the Commission on Criminal Justice and Crime Prevention (CCPCJ) to Truth Commissions for rebuilding democratic structures in post conflict situations in the Commission on Human Rights (CHR) to increasing employment through the promotion of youth entrepreneurship in the International Labour Organization (ILO) to the Climate Change Convention and technology transfer to developing countries in the UN Industrial Development Organization (UNIDO).

VIMUN Committees will be completed by the Security Council (SC) negotiating an urgent political crisis (Iraq) and an External Discussion Forum (EDF) discussing the topic of NATO in conflict management with paying special attention to the Caucasus region.

Still, the exciting program of VIMUN 2004 is not finished with the committees, but will be continued in the social program of the conference. This year the social program will be integrated into the context of an historical circle.

Meaning that each evening will represent a different stage in the history of conflicts and diplomacy starting with the medieval ages when conflicts were solved with military force. For this purpose the organizers intend to arrange a welcome dinner at the beautiful castle of Kreuzenstein on Sunday. The social program is then continuing with a reception at the City Hall which has also become a tradition at VIMUN.

On Tuesday, participants will get the opportunity to spend an evening at the Diplomatic Academy, which will mean a continuation of the so-called historic circle. In the end, the Vienna Congress was taking place in the 19th century marking the beginning of modern diplomacy and bilateral negotiations. In a continuation, the creation of the United Nations marks the milestone of the 20th century in the development of multilateral and international negotiations. Bearing this in mind, the last evening of the conference will be spent on the VIC Plaza right in front of the UN Headquarters in Vienna, where we will at the same celebrate the 25th anniversary of the United Nations Headquarters in Vienna.



Keeping all these diverse facts about VIMUN in mind you will already be able to imagine that this coming VIMUN will be a very special event worth participating. As registration started on March 1 2004 I will recommend you to visit our website under <http://www.vimun.at>, get informed about the event and start registering online as soon as you have decided to participate.



VIMUN - participants of the year 2003



DVR: 0875538 | Erscheinungsort: Wien,
P.b.b. Verlagspostamt: A-1010 Wien | GZ 02Z030108M
Ausgabe Nr.: I/2004

Über alle aktuellen Veranstaltungen und Termine
des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und der
Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen (LIGA) informiert die
Homepage <http://afa.at> (Button „EVENTS-AUSTRIA“)

EVENTS

Veranstaltungen und Termine des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen (LIGA)

April 2004

21.04.04
Jour Fixe: "Die Albertina: Die Zukunft eines geschichtsträchtigen Hauses"
 Dr. Klaus Albrecht SCHRÖDER, Direktor der Albertina
 Sprache: Deutsch
 Ort: Hotel de France - Salon Franz-Josef
 A-1010 WIEN, Schottenring 3
 Mi, 13:00
 Zeit: 13:00
 Kosten: 25,30 EUR für ein Menü mit Getränk
 Anmeldung: Fax: +43/1/513 08 37/15
 E-Mail: una_austria@afa.at
 Veranstalter: LIGA-WIEN

22.04.04
Vortrag über die Vereinten Nationen und Führung durch die UNO-City im Rahmen des Projekts "UNO macht Schule" im BORG 3
 Sprache: Deutsch
 Veranstalter: AFA-ÖSTERREICH

22.04.04
Podiumsdiskussion der Women Section: "Frauen & Kultur"
 Dr. Johanna RACHINGER, Generaldirektorin der [Österreichischen Nationalbibliothek](#)
 Dr. Gabriele ZUNA-KRATKY, Direktorin des [Technischen Museum Wien](#)